

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur  
Herr Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.  
Herr Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.  
Herr Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.  
Herr Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.  
Herr Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

Abonnement: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 4.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.50 Mark. Bei der Post bestellbar vierteljährlich 12.00 Mark, monatlich 4.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsenträger und Ausgabehelfer, sowie alle Postenhalter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenzeitschriften Politik oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwanberg zu 1/2, auswendige Anzeigen zu 1/3, Restzeitschriften zu 1/4 Mark. Bei größeren Abhängen auf besonderen Wunsch Anzeigenannahme bis spätere 9 1/2 Uhr vorm. Für jeden im Weg kann Gewähr nicht gegeben werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 70.

Donnerstag, den 24. März 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Außer dem schon gemeldeten Attentat auf das Rathaus in Kobowisch wurden gestern Bombenanschläge auf die Gerichtsgebäude in Dresden, Leipzig und Freiberg verübt und ein Anschlag auf das Rathaus in Auerbach i. V. versucht.

Der kommunistische Aufruhr in Mitteldeutschland nimmt immer schärfere Formen an; auch in Hamburg, aber das der Belagerungszustand verhängt wurde, kam es zu schweren Ausschreitungen.

Die Reichsregierung hat die Forderung der von der Reparationskommission verlangten 20 Goldmilliarden abgelehnt.

Aus Basel wird der Abschluß eines Offensiv- und Defensivbündnisses zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich gemeldet.

## Deutschland kann keine Milliarden aus den Ärmeln schütteln.

Gegen die neueste Ententesforderung.

Die deutsche Kriegslastenkommission in Paris übergab der Wiedergutmachungskommission eine Note, in welcher mit Bezug auf die Forderung nach Zahlung von 12 Milliarden Goldmark vor dem 1. Mai 1921 in Gold oder fremden Devisen und von 1 Milliarde Goldmark bis 23. März als Anzahlung hierauf erklärt wird, die deutsche Regierung könne die dieser Forderung zugrunde liegende Berechnung, wonach Deutschland in Erfüllung des Artikels 235 des Friedensvertrages höchstens 8 Milliarden Goldmark bezahlt habe, nicht als richtig anerkennen und müsse Bewahrung dagegen einlegen, daß ihre diesbezügliche Darlegung in der Note vom 15. März als rein formeller Einwand bezeichnet wird. Für die Gesamtheit der deutschen Forderungen sei die deutsche Regierung von der Wiedergutmachungskommission noch nicht gehört worden. Gemäß §§ 9 und 10, Anhang 2 zu Teil 8 des Friedensvertrages glaubt die deutsche Regierung um so mehr Anspruch auf Gehör zu haben, als neuerdings die Wiedergutmachungskommission einen Teil der bisher getätigten deutschen Forderungen von der Anrechnung auf die ersten 20 Milliarden unter Artikel 235 ausschließen will. Unter diesen Umständen protestiert die deutsche Regierung dagegen, daß die Zahlung von 12 Milliarden Goldmark von ihr gefordert wird, bevor auf Grund weiterer Erörterungen festgestellt worden ist, ob und inwiefern die deutsche Regierung noch Verpflichtungen aus Artikel 235 zu erfüllen hat. Die deutsche Regierung erklärt, daß sie schon mit Note vom 23. Juni v. J. auf die Unmöglichkeit, nennenswerte Barzahlungen zu leisten, hingewiesen und ausgesprochen habe, daß die wenigen noch in Form von ausländischen Werten verfügbaren Vermögenswerten zum Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland dienen müssen. Da die Wiedergutmachungskommission auf diese Ausführungen acht Monate lang nicht zurückgekommen sei, sei die deutsche Regierung zu der Ansicht berechtigt gewesen, daß ihre Auffassung über die Unmöglichkeit von Barzahlungen von der Wiedergutmachungskommission geteilt werde. In den letzten Notizen der Wiedergutmachungskommission ist nun eine völlig entgegengesetzte Stellung eingenommen worden. Die Ausbringung der jetzt geforderten Summen sei für die deutsche Regierung ganz abgesehen davon, daß ihre Beschaffung für ein durch den Krieg aufs äußerste erschöpftes Land überhaupt eine kaum lösbare Aufgabe darstelle, schon wegen der Kürze der Frist unmöglich, innerhalb deren es schon rein technisch ausgeschlossen wäre, auch nur die Vorbereitungen für die Durchführung einer Anleihe zu treffen, falls eine solche nach der durch die Londoner Maßnahmen bewirkten wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands möglich wäre. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages habe die Wiedergutmachungskommission auf die deutsche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Rücksicht zu nehmen. Ferner wäre nach § 12 CI der Anlage 2 zu Teil 8 des Friedensvertrages ein etwa bis zum 1. Mai 1921 sich ergebender Fehlbetrag in Form von verzinstanten Schatzanweisungen in die nach § CI der Anlage 2 zu Teil 8 des Friedensvertrages auszustellenden 40 Milliarden Goldmark Schatzanweisungen umzutauschen. Die deutsche Regierung schlägt schließlich die Möglichkeit baldiger Eröffnung von Verhandlungen zwischen der Wiedergutmachungskommission und der Kriegslastenkommission über die Bewertung der bisherigen Leistungen vor und erklärt sich bereit, in Verhandlungen bezüglich der Auslegung einer auswärtigen Anleihe einzutreten, welche aber nicht lediglich vom Standpunkt der Erfüllung des Artikels 235, sondern nur im Zusammenhange mit dem Wiedergutmachungsproblem erörtert werden könnte.

## Eine neue kommunistische Welle.

Fünf Bombenanschläge in Sachsen. — Aufrührerbewegung in Mitteldeutschland.

Aus verschiedenen Städten in Sachsen werden Bombenanschläge auf öffentliche Gebäude gemeldet, die schwere Schäden angerichtet haben. Vor kurzem war die Berliner Siegessäule das Ziel eines Dynamitattentats. In mehreren dieser Fälle sind bereits Kommunisten als Beteiligte festgestellt worden und es liegt nahe, anzunehmen, daß ein Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen besteht. Daraufhin deuten auch die Vorgänge im mitteldeutschen Industriegebiet, wo ein großer Generalstreik das Ziel schärfster kommunistischer Hege ist. Auch unter der Großberliner Arbeiterschaft wird gewährt und die rote Fahne mußte in den letzten Wochen mehrmals beschlagnahmt werden, weil sie die Arbeiter aufforderte, sich zu bemächtigen oder die ihnen abgeforderten Waffen nicht auszuliefern. Man geht kaum fehl, wenn man diese ganzen Vorgänge als den Versuch zur Herbeiführung einer umfangreichen linksradikalen Aktion betrachtet, die ihre Urheber in den Besitz der politischen Macht bringen soll. Der gegenwärtige Zeitpunkt wird wahrscheinlich gewählt, weil die an sich schon sehr große Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise durch die Zwangsmassnahmen der Entente eine Verschärfung erfahren muß, wodurch die Unzufriedenheit der Massen gesteigert wird, so daß diese eher zum Widerstand gegen die bestehende Ordnung geneigt sind. Die an sich zweifellos Bombenattentate darf man als die weithin sichtbaren Flammenszeichen betrachten, durch die alle umfänglichen Elemente auf das Gebot der Stunde aufmerksam gemacht werden sollen. Wäglich waren sie nur durch die Nachsicht der Regierung, die es durch Amnestie und unterlassene Schutzmaßnahmen soweit kommen ließ, daß so furchtbare Verbrechen ohne große Gefahr für ihre Urheber begangen werden konnten. Öffentlich wird jetzt der gewaltige Ernst der Stunde erkannt.

### Die Attentate in Sachsen.

Dresden, 23. März. Im Dresdner Landgerichtsgebäude am Münchener Platz wurde heute vormittag ein Bombenanschlag verübt. Die Explosion fand vormittag um 11 Uhr statt. Im Verhandlungslokal A, der sich über der öffentlichen Abortanlage befindet, wurde gerade gegen eine Glücksspielergesellschaft verhandelt. Im Zeugenzimmer befanden sich sechs Kriminalbeamte des Dresdner Polizeipräsidiums, und zwar alle diejenigen Beamten, deren Aufgabe es ist, die Glücksspieler zu überwachen. Vor dem Eingang zum Verhandlungslokal stand der Gerichtsverwalter Kiehl. Als die Explosion erfolgte, wurde er mit den herabstürzenden Zementteilen bis an die Decke des darüberliegenden anderen Verhandlungslokals geschleudert und mehrfach verletzt. Weiterhin wurden zwei Garderobenfrauen verletzt. Die Dresdner Feuerwehr erschien schnell mit einem Löschzug, Kautenautos waren rasch zur Stelle. Erfolgreich wurde aber kein weiterer Opfer zu beklagen. Die furchtbare Detonation verursachte im ganzen Münchener Viertel eine große Erregung. Der Schauplatz des verbrecherischen Unfalls lag bietet ein Bild grauenhafter Zerkünderung. Offenbar hat die Glücksspieler in den nach der Hofseite des Landgerichtsgebäudes zu gelegenen Abortanlagen gestanden; denn dort ist die Verwüstung am furchtbarsten. Der starke Fußboden ist völlig herausgebrochen und in den Keller gestürzt. Die Decke, über der sich der Gang zum Verhandlungsraum A befindet, ist durch die Gewalt der Explosion in die Höhe gehoben und in der Mitte geborsten. Die Ziegel- und Eisenbetondecke der Abortanlage und der angrenzenden Garderobenräume sind teilweise zerstört. Der Fußboden der Garderobe ist bedeckt mit Ziegelschutt, zerbrochenen Abortbeden, Wasserleitungsröhren, zerplitterten Holzstücken und Glascherben. Alle Fenster Scheiben der Umgebung und auch in den darüberliegenden Geschossen sind zertrümmert. Glücklicherweise waren in den Räumen nur wenige Personen anwesend, so daß ein namenhaftes Unheil vermieden worden ist. Ueber die Art der verwendeten Glücksspielmaschine ist noch nichts festgestellt. Das Landgerichtsgebäude ist von Berliner Polizei besetzt, die die Einlassbegehrenden nur gegen Ausweis passieren läßt.

Leipzig, 23. März. Auf das Leipziger Landgericht in der Eisenstraße wurde heute vormittag 10 Uhr 20 Min. von unbekannter Seite ein Bombenanschlag verübt. Im Klosettraum des Erdgeschosses wurde eine geballte Ladung zur Entzündung gebracht, durch deren Explosion der Raum vollständig zerstört wurde. Ferner wurde in dem darüber gelegenen Treppentritt des Ausgangs zum ersten Obergeschoß ein breites Loch gerissen, so daß auch das darüberliegende Treppengewölbe einen Sprung zeigt. Menschen sind glücklicherweise nicht verletzt worden. Der Vorraum des Landgerichtsbau zeigt ein Bild wilder Zerkünderung. Ueberall liegen Holz- und Glasplitter umher; die Fenster Scheiben sind bis zum zweiten Stockwerk zertrümmert. Von den Tätern hat man bis zur Stunde keine Spur; doch vermutet man, daß der Anschlag mit den Terrorakten in Falkenstein und Kobowisch in irgend einem Zusammenhang steht. Das Landgerichtsgebäude ist von zahlreichen Neugierigen umlagert; Feuerwehr ist mit den Aufräumarbeiten beschäftigt.

Freiberg, 23. März. Heute vormittag kurz nach 10 Uhr ist auf das hiesige Gerichtsgebäude ein schwerer Anschlag verübt worden. Eine Bombe war in die Abortanlage des Amtsgerichts im ersten Stock gelegt worden. Die Explosion hat großen Schaden angerichtet. Deden u. Fenster Scheiben wurden eingeschlagen. Eine Person trug Verletzungen davon.

Kobowisch, 23. März. Zu dem bereits gestern berichteten Bombenattentat gegen das Rathaus wird noch gemeldet, daß das Steuer- und Meldeamt in Kobowisch völlig zerstört worden ist. Das Attentat ist kurz nach 3 Uhr verübt worden. Zu gleicher Zeit ist in Auerbach i. V. versucht worden, das Rathaus in die Luft zu sprengen. Dort gelang es einem Schatzmann, einen der Täter festzunehmen.

men, der einen Sack mit Sprengmitteln bei sich trug. Ein anderer Täter schob auf den Schatzmann und entkam. Der festgenommene junge Mann ist etwa 21 Jahre alt, gibt an, aus Danzig zu stammen, und verzweigt im übrigen jede Angabe über seine Person.

Bei der Behandlung des letzten Falkenstein Dynamitanschlags im sächsischen Landtage machte der Minister des Innern Lipinski die Mitteilung, daß der bisherige Gang der Untersuchung ergeben habe, daß es sich bei dem Attentat um eine Maßnahme handele, durch die die Amnestierung von 5000 Erzwingungen werden sollte. Nun haben sich in der Nacht zum Mittwoch und am Mittwoch vormittag in Sachsen also fünf weitere Dynamitanschläge ereignet, die in ihrer Ausführung auf eine organisierte Vorbereitung schließen und auch deutlich erkennen lassen, daß es sich um den Versuch einer Einwirkung auf die Justiz handeln handelt. Das Gesamtministerium ist sofort zu einer Sitzung zusammenberufen worden, um zu den zu ergreifenden Maßnahmen Stellung zu nehmen.

### Sicherheitsmaßnahmen der Behörden.

Wie wir von zuständiger Stelle hören, sind von den Behörden alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen, um weiteren Anschlägen vorzubeugen. Bereits am 22. März waren die Polizeibehörden von dem Ministerium des Innern aufmerksam gemacht worden, daß in den nächsten Tagen mit terroristischen Gewaltakten zu rechnen sein würde. Deshalb wurden sie angewiesen, erhöhte Wachsamkeit zu üben. Aus begründeten Gründen, um nämlich die Untersuchung nicht zu gefährden, legen sich die Behörden über die mutmaßlichen Täter und die Motive die größte Zurückhaltung auf.

### Der Aufruhr in Mitteldeutschland.

Schwere Überfälle durch Banden.

Wansfeld, 23. März. Heute vormittag gegen 8 Uhr hielt vor dem Landratsamt ein Kraftwagen. Ihm entkamen 20 Bewaffnete, die vor dem Gebäude ein Maschinengewehr aufstellten und dann aus der im Hause befindlichen Kreisparfasse und der Kreiskommunalkasse 19000 Mark raubten. Auch die danebenliegende Kreditbank wurde heimgesucht und beraubt. Ein Beamter der Sparkasse wurde durch einen Beispruch verwundet. Von ihrem Raubzug im Landratsamt begab sich die Räuberbande nach dem Wansfelder Bahnhof, überfiel das Briefpostamt und raubte es aus. Hierauf verfiel die Banden, ohne daß man ihrer habhaft werden konnte.

Gelehen, 23. März. Heute nacht hörte man mehrere starke Detonationen, welche in der Umgebung von Gelehen verursacht wurden. Nachdem gestern nachmittag eine Maschinenfundgebung der streikenden Arbeiter im Volkshaus stattgefunden hatte, sind im Laufe der verflochtenen Nacht die meisten Schächte vollkommen stillgelegt worden. Nur noch zwei Schächte arbeiten zum Teil. Zwischen Schuppelpolizei und Arbeiterschaft kam es zu einigen Zusammenstößen. Soweit zu übersehen ist, ist dabei kein Blut geflossen. Die Schuppelpolizei ist weiter verstärkt worden. Am Bahnhof ist ein Schützengraben ausgegraben worden, stark besetzt mit Maschinengewehren. Das Geleherer Tageblatt berichtet: Einige Beamte der Schuppelpolizei wurden auf einem Spaziergang durch aufgelegte Versammlungsteilnehmer überfallen und mißhandelt. Ein Beamter wurde nach dem Volkshaus, zwei nach der Wansfelder Volksgesellschaft geschleppt, dort durchsucht und festgehalten. Starke Beamtenabteilungen mußten sie befreien. Heute nacht wurde hauptsächlich auf die Schuppelpolizei im Seminar ein Feuer eröffnet. Auch Handgranaten wurden geworfen.

Hettstedt, 23. März. Nach einer Meldung der Hettstedter Zeitung drängte sich um 1 Uhr nachmittag vor dem Schulgebäude, in dem die Schuppelpolizei untergebracht ist, eine große Menschenmenge, die die Auslieferung der Waffen verlangte. Die Räuber, die gestern vormittag die Kreisparfasse in Wansfeld überfielen und beraubten, hatten in der vergangenen Nacht in Helbra die Kreisparfasse und die Volkshaus ausgeraubt. Unter dem Streikterror ist die Einstellung des Erscheinens des Helbraer Anzeigers erzwungen worden.

### Große Unruhen in Hamburg.

Die Sowjetflagge bei Blohm u. Wob.

Hamburg, 23. März. Heute mittag besetzten kommunistische Arbeiter auf der Werk von Blohm u. Wob das Direktionsgebäude und hielten die rote Sowjetflagge. Der Arbeiterrat wurde abgelehnt und ein Aktionsausschuß für die Werkleitung gewählt. Gegen Mittag verließen die Arbeiter sämtliche Hamburger Werften die Werkstätten, um sich zu einer gemeinsamen Versammlung zu begeben.

Halle, 23. März. Der kommunistische Klassenkampf melbet aus Hamburg: Die Direktion des überwiegend rechtssozialistischen Riesenbetriebes von Blohm u. Wob stellte den Arbeitern ein Ultimatum, innerhalb einer Stunde geregelte Werkstätten zu schaffen. Sonst würden die Betriebe geschlossen. Daraufhin rückte die Arbeiterschaft das Direktionsgebäude. Der Betrieb ist von den Arbeitern besetzt. Zwei rote Fahnen sind gehißt. Eine spätere Meldung besagt, daß auch auf den Vulkanwerken Aktionsausschüsse gebildet worden sind.

Hamburg, 23. März. Heute nachmittag kam es vor der Vulkan-Werft zu einem Zusammenstoß zwischen